

Der Staatssekretär Hr. von Thielmann hat sich in der Budgetkommission des Reichstages über die Wirkung von Kleinalbürgen-Gewehren in Indien ausgesprochen. Die Erfahrung, daß diese Gewehre nicht genügend den Anlauf der Ausständigen stoppten, haben die englischen Truppen selbst gemacht. In der Kriegsführung stöbilisteter Völker zu Lande verlangt man von einer Waffe, daß sie den Gegner zeitweilig außer Ge-  
sicht setzen kann, und von einer Schußwaffe, daß sie dies auf möglichst weite Entfernung vermag. Durch ihre häufigen und oft langwierigen Kriege mit wilden oder nur halbivilisirten Völkern, deren Krieger in der durch religiösen Fanatismus geschaffenen Erregung vielfach unaufhaltam gegen die mit überlegenen Waffen versehenen feindlichen Truppen anstürmen, um zum Pandemenge zu gelangen, sind die Engländer aber dazu gekommen, in ihren Anforderungen an die Hand-  
waffen weiter zu gehen. Unter Einräumung mancher Bedenken verlangen sie, daß das Ge-

Die Stadtverordneten zu Weiskirchen beschloßen, meentgültig einen Bauplatz für die Errichtung des neuen **Seminargebäudes** dem Ministerium anzubieten. — Die Verfassungskommission des badischen Landtags erließ die Arbeit durch Annahme der Einführung der **reinen direkten Landtagswahlrechts**; gegen stimmten die Nationaluliberalen und Sozialisten. — Dem Württemberger Landtag nahm die Entwurf eines Gesetzes, betreffend das kirchliche Gesetz über **Ansiedlung der landesherrlichen Kirchenregimentsräthe** (Religionsverfassung), zugegangen. Nach demselben soll, wie wir erinnern, das von der evangelischen Landes-Synode beschlossene kirchliche Gesetz genehmigt und zugleich die Bestimmung ausgesprochen werden, daß zum Eintritt in evangelische Kirchenregierung die nach Maßgabe des kirchlichen Gesetzes berufenen Beamten feiner höheren Genehmigung bedürfen. — Der Provinziallandtag zu Königsberg i. Pr. nahm den Antrag des Grafen Andowskron an, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Provinziallandtage thunlichst bald den Entwurf eines **Erbsengesetzes für die Provinz Ostpreußen** zur Legitimation vorzulegen. Aus der Reihe der Vorführers der Minorität, Entscheiders Contentionen wird Folgendes mit: Seit fünfzig Jahren gehöre er dem Kreise (Angerburg), an, dem

Punkte herzugreifen, bevor über Panama der Schieber der Vergeltung geübt wird. Naquet also war angeklagt, von Arton widerrechtlich 100 000 Fr. Panamagelder angenommen zu haben. Während der Verlesung der Anklageschrift, so schilbert der „Sigaro“ den gekränkten Ehrenmann auf der Anklagebank, „sah Naquet — jeder kennt den kleinen Mann mit dem Buckel und dem langen, auf Schultern und Brust fallenden Haupt- und Barthaar — in die zusammengekauert da, nur der Kopf ginständig nach links und nach rechts mit wahrhaft wunderbarer Beweglichkeit. Er sah aus wie ein Vogel, der in einen Käfig gefangen ist, sich nicht von der Stelle wagt, aber auslin nach welcher Seite er entweichen könne.“

Naquet und Gelaßen, mit der Wiene eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat, trädagegen Arton seine Beschuldigungen vor; er erzählt, wie er etwa eine Million ausgetheilt wie er an Naquet ebenso gegeben habe, wie an Barbe, Bian und so viele andere, wie Laquerer der Agent des Boulangismus, ihm eine Million für seine Beweise geboten habe, wie Audrieux wie die Regierungen, die sich folgten, versucht hätten seine Notizbücher abzukaufen. Er entschildigt sich, daß er selbst Naquet, den ehmaligen Zusehfreund, nicht geschont habe, aber nachdem er die Uebrigen angegeben, hätte er auch ihn nennen müssen, und schüßert dann wie er am 19. Juli 1888 für Meinauch bei der Bank von Frankreich 1 130 000 Franks erhoben, wie er darauf Naquet in dessen Arbeitszimmer hundert Tausend-Franksheine auf den Tisch gezählt und wie ihm die Schwärzgerinne Naquets, die dabei gewesen, den Viebesdiener mit den Worten gelohnt hätten: „Gerr Arton Sie sind ein geistvoller Mann!“ Naquet erklärt das seien alles schändliche Lügen, um ihn zu verderben, aber er kann nicht leugnen, daß er just am 20. Juli jenes Jahres 50 000 Franks bei der Bank Rothschild hinterlegt habe. Diese Gelder, so sagt er, stammten jedoch nicht von Arton, sondern aus der boulangitischen Parteikasse, die er zu verwalten hatte, und damals aus Spenden des Herzogs von Lages des Grafen Dillon, Laquerers, Rodoforts und anderer 380 000 Franks enthielt. Die Herzogin von Lages, so erzählt er nebenbei, habe im Ganzen drei Millionen für den Boulangismus herbeigeholt. Also selbst wenn Naquet die Panamakasse nicht befohlen hat, so hat er doch die ihm anvertraute Parteikasse befohlen, und er gab das mit den folgenden zynischen Erklärung zu: „Wenn es hier nicht um meine Gäre, sondern nur um meine Freiheit handelte, so würde ich sagen: „So habe die boulangitische Kasse müßigbrüchig gegriffen, aber da ich hier deswegen nicht verfolgt werde, so fällt Ihre Anklage in sich zusammen.“ Und die Moral von der Geschichte, daß Naquet der Ehrenmann ist und bleibt, und er war, ebenso wie die übrigen Vertreter der Regierung und des Volkes, denen die Panamakasse, wie Charles de Lesseps gerichtlich anlagte, geben mußte, „wie man dem Banditen im finstern Walde seine Uhr geben muß,“ daß nicht an den Tag kommen soll und darf, wo die ungeschätzten Millionen, die die Panamakasse als Veltungs- und Schmelzgebeider angetreut hat, geflossen sind. Die Staatsbräun, die Gerechtigkeit meistert, verbietet es. So ist denn nicht mehr geworden, was ein Franzose schon Jahre 1893 voraussagte, als er in der Brochüre „Die Wahrheit über Panama“ behauptete: „Der Justiz wird sich erst Artons bemächtigen, so die politischen Justizisten, die man auf seine Seite geholt hat, im Guten oder im Bösen seine parrenen Waffen erlangt haben. Dann, aber dann erst wird die große Moralistik auf seiner bemächtigen, und wenn er dann in öfflicher Gerichtsverhandlung mit Entfaltungen er warten soll, werden die größten Edkürer

— Aus Stuttgart wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben: „Ein Stadtegespräch, wonach die Geburts- und Taufregister der Königs am Hofe nicht ohne einen Mißklang geschlossen haben soll, widerspricht allen Vermuthungen nach doch nicht auf den ernstern Hintergrund zu sein. Auffallend nur zunächst, daß zwei Tage nach dem Geburtsfest der officiële Hofbericht latonisch von einer „Besprechung“ des Königs mit dem Ministerpräsidenten des Mittnachts am Sonntag Vormittag zu melden wußte, eine Fassung, wie wegen der ungewöhnlichen Zeit sofort zu vorsehenartigen Conjecturen Anlaß gegeben habe. Der Officielle Ausdruck gab dann die „Wirkten Volkszähl.“ den Gerüchten, indem sie auf die Annahme hinwies, daß es bei den Hoffestlichkeiten zwischen dem König und seinem ersten Minister in Folge eines Mißverständnisses zu ernsthaften Verstimmlungen gekommen sei und daß jene Aussprechung den Zweck gehabt habe, eine Ausrückung herbeizuführen. Ans den verschiedenen Vermuthungen, die herumgeschwirren, scheint jetzt so viel als fester Kern sich herauszuschälen zu lassen, daß sich der Ministerpräsident bei Gratulationsworten hinter anderen Festigkeits zurückgesetzt gefühlt und dann einer bestimmten Forderung gegenüber die Entreichung seines Entlassungsgeheuses angekündigt haben soll. Zu erwähnen „Besprechung“ soll dann der König den Minister unter Hinweis auf die bedeutungsvollen Reformfragen, deren Lösung die Königsstände in allernächster Zeit zu beschließen hätten zur Zurücknahme seines Entlassungsgeheuses bewegen haben, und zwar soll ihm dies nur zur Erledigung dieser Aufgaben gelungen sein.

— Soeben ist nachstehende neue Bestimmung der Königl. General-Lotterie-Direktion erlassen worden: „In dem P. zur 199. Lotterie wird der niedrigste Gewinn 4. Klasse von 210 auf 220 Mark erhöht, dagegen der bisherige Gewinn von 1500 Mark in die vier Klassen auf 1000 Mark ermäßigt werden.“



Der letztere Gewinn ist gleich den bisherigen von 1500 Mark zu den höheren Gewinnen zu rechnen.

— Das Reichspostamt bleibt bekannt: Vom 15. März ab werden offene gedruckte Karten, auf denen die ursprüngliche Bezeichnung „Postkarte“ beseitigt oder durch den Vermerk „Druckfach“ ersetzt ist, allgemein zur Beförderung gegen die Druckfachentage zugelassen.

— Im Bezirk des Ober-Landesgerichts Stettin sind die Referendare Sommer und Wulff zu Gerichts-Assessoren ernannt.

— Die Tagesordnung der für nächsten Donnerstag anberaumten Stabverordneten-Sitzung bringt die in letzter Sitzung ausgesetzte Berathung betr. Ausführung des Brückenneubaus der 3. Oberbrücke, ferner eine Petition der Fleischherringen I auf Herbeiführung von Verordnungen, welche geeignet seien, die Einführung auswärtiger, nicht untersuchter gesundheitsfähiger Wurst zu verhüten und die Genehmigung zum Ankauf des Grundstücks Splittstraße 8 zum Preise von 33 000 Mark. Im Uebrigen stehen eine Reihe kleinerer Vorlagen auf der Tagesordnung.

\* Der an Stelle des nach Potsdam berufenen Stadtbaumeisters Rißler hier erst kürzlich eingetretene Stadtbaumeister Schoenfelder ist zum Stadtbaurath in Liegnitz gewählt worden.

— Die diesjährigen Prüfungen für Maschinen I., II., III. und IV. Klasse an deutschen Seeschiffen beginnen bei der hiesigen Regierung am Montag, den 28. März und Montag, den 31. Oktober. Anträge auf Zulassung zu diesen Prüfungen sind bis spätestens eine Woche vor Beginn derselben an die Prüfungs-Kommission für Seedampfschiff-Maschinen einzureichen.

— Bekanntlich war es ein besonderer Wunsch der Landwirthschaft, daß vom Ertrage der Brennsteuer die 15 % nicht abgezogen werden könnten, welche nach der Vertheilung der Bundesstaaten aus dem Bruttoertrage der Brennweinsteuer für die Erhebungskosten erstattet werden. Der Bundesrath hat nunmehr beschlossen, an jene 15 % vom Ertrage der Brennsteuer zu verzichten, so daß die Summe, welche zwischen 4 500 000 M. schwankt, zur Verbilligung des für gewerbliche Zwecke bestimmten Spiritus verwendet werden kann.